

ZDF.de Themen TV-Programm Sendungen A-Z Kontakt Impressum

Suche  Erweiterte Suche

03.07.03

- titelseite
- politik**
- wirtschaft
- sport
- magazin
- computer
- infoservices
- ZDFmediathek
- archiv
- wetter

Berlin

Nacht 14°C  
Do 22°C

**börse**

Dax (Xetra) 3.241,04 +3.00% ↑  
Euro/Us-Dollar 1,1515 -0.22% ↓



**Aufbruch zum Roten Planeten**

## Kommission schlägt Entschädigung für Radar-Opfer von Wehr und NVA vor

### Pauschalen und Einzelfallprüfungen angedacht

Die Expertenkommission für Strahlenschutz hat empfohlen, Radar-Opfer von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee (NVA) der DDR großzügig zu entschädigen. Auf der Grundlage der Empfehlungen wolle das Verteidigungsministerium "unverzüglich" handeln, kündigte Staatssekretär Walter Kolbow (SPD) bei der Vorlage des Abschlussberichtes der Kommission am Mittwoch in Berlin an.

02.07.2003

Die Expertenkommission schlägt in ihrem 171 Seiten umfassenden Bericht insbesondere für die Anfangsjahre der Bundeswehr eine großzügige Entschädigung vor. Bis 1975 sei die jeweilige Strahlenbelastung durch Radargeräte kaum nachweisbar.

### Pauschalen und Einzelfallprüfungen

Deswegen sollten Soldaten, die kurz nach



Archivbild: Ankläger und Ex-DDR-Soldat, Ulrich Lindenau (l), und sein Anwalt Reiner Geulen im Landgericht Frankfurt (Oder) vor Beginn des Musterprozesses am 19.02.2003.

VIDEO 02.07.03



**Strahlenopfer fordern Entschädigung**

- LINKS
- heute.t-online**
    - Wohl keine Entschädigung für NVA-Strahlenopfer [Archiv]
    - Bundeswehr - Angehörige klagen gegen US-Radargeräte-Hersteller [Archiv]
    - Soldaten verklagen Hersteller von Radargeräten [Archiv]
    - Strahlenopfer der Bundeswehr verklagen Verteidigungs-Ministerium [Archiv]

- EXTERNE LINKS
- Das ZDF ist für den Inhalt externer Internetseiten nicht verantwortlich.
  - Bundesamt für Strahlenschutz
  - Strahlenschutz-Kommission
  - Bundesministerium für



Gentechnik -  
Hoffnung und  
Horror



Umwelt und Gesundheit

ihrer damaligen Tätigkeit an Krebs erkrankt seien, pauschal entschädigt werden können. Nach Angaben eines Anwaltes der Radar-Opfer würde ein Großteil der rund 3000 Antragsteller von einer solchen Regelung profitieren.

Darüber hinaus schlägt die Kommission Einzelfallprüfungen vor. Erst nach 1985 sei mit Ausnahme von ehemaligen NVA-Anlagen von einem generell ausreichenden Strahlenschutz auszugehen. Die Kommission kritisierte in ihrem Bericht insbesondere auch die bisherige Verfahrensweise, wonach die Anträge der Betroffenen je nach Beschäftigungsstatus unterschiedlich bewertet würden. Dafür gebe es "keinen fachlichen Grund", sagte der Kommissionsvorsitzende Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz.

### Zügige Entschädigung geplant

Politiker aller Parteien versprochen den Betroffenen, zügig eine Entschädigungspraxis zu erarbeiten. Grünen-Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei betonte, dies sei eine "Vertrauensfrage" der Soldaten gegenüber der Bundeswehr, der Politik und den Parlamentariern.

Opfer-Anwalt Remo Klinger zeigte sich zuversichtlich, dass nun schnell eine Entschädigungs-Regelung gefunden werden könne. Er hoffe, dass mit den Empfehlungen der Kommission "der Gordische Knoten durchgeschlagen werden kann". Die Expertenkommission war im September 2002 vom Verteidigungsministerium auf Vorschlag des Verteidigungsausschusses des Bundestages eingesetzt worden.



ARTIKEL VERSENDEN  ARTIKEL DRUCKEN

### Die Top 10 unserer Leser

nicht lesenswert -3 -2 -1 0 +1 +2 +3 lesenswert

Geben Sie eine Empfehlung ab

Überblick der Leser Top 10



[zum Seitenanfang](#)

[Impressum](#) [Suche](#) [Erweiterte Suche](#) [ZDFclub](#) [ZDFshop](#) [über das ZDF](#) [© ZDF 2003](#)  
[titelseite](#) [politik](#) [wirtschaft](#) [sport](#) [magazin](#) [computer](#) [infoservices](#) [mediathek](#) [wetter](#) [börsen](#)

